



WWW.ECONSTOR.EU

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Winkler-Büttner, Diana

Article

Arbeitszeitflexibilisierung und Beschäftigung in den EWU-Ländern

Wirtschaftsdienst

Suggested citation: Winkler-Büttner, Diana (1998) : Arbeitszeitflexibilisierung und Beschäftigung in den EWU-Ländern, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Vol. 78, Iss. 11, pp. 684-689, <http://hdl.handle.net/10419/40038>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

Diana Winkler-Büttner

Arbeitszeitflexibilisierung und Beschäftigung in den EWU-Ländern

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Europa wird oft auch auf einen Mangel an Flexibilität auf den Arbeitsmärkten zurückgeführt. Welche beschäftigungspolitischen Erfolge erzielten die EWU-Länder mit dem Instrument der Arbeitszeitflexibilität?

Mit der Erholung der Konjunktur hat sich in den vergangenen Jahren in den Ländern der künftigen Europäischen Währungsunion (EWU) auch die Lage am Arbeitsmarkt gebessert. Im Ausmaß gab es dabei allerdings beträchtliche Unterschiede (vgl. Schaubild 1). In den kleineren Ländern stieg die Zahl der Erwerbstätigen zügig und übertraf vielfach zuletzt das Vorzeessionsniveau von Anfang der neunziger Jahre mehr oder minder deutlich; in diesen Ländern ging auch die Arbeitslosigkeit im allgemeinen merklich zurück. In den großen EWU-Ländern wurde die Beschäftigung dagegen nur relativ mäßig ausgeweitet, und die Erholung am Arbeitsmarkt kam zum Teil nur sehr zögernd in Gang, so daß die Arbeitslosigkeit hier bisher vergleichsweise wenig zurückging. So kam es etwa in Deutschland erst in diesem Jahr zu einer Wende am Arbeitsmarkt.

Die Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung im EWU-Raum sind zu einem nicht unbeträchtlichen Teil Folge von Divergenzen in der konjunkturellen Dynamik und in der zyklischen Position zwischen den einzelnen Ländern. So erreichten die kleineren Länder in den vergangenen Jahren zumeist ein deutlich stärkeres Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts als die großen (vgl. Tabelle 1). Gleichzeitig gab es aber auch deutliche Unterschiede in der Produktivitätsentwicklung und damit – als Kehrseite der Medaille – in der Beschäftigungsintensität des Wachstums¹. Gemessen an der Produktivitätsentwicklung war etwa in den Niederlanden vor allem in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts das Wachstum deutlich „arbeitsintensiver“ als in den anderen EWU-Ländern. Insbesondere in Spanien hat seit Mitte der neunziger Jahre die

Beschäftigungsintensität merklich zugenommen. Dagegen hat sich in Deutschland der Produktivitätsanstieg seit Mitte der neunziger Jahre tendenziell verstärkt, so daß sich hier die „Beschäftigungsschwelle“,

Tabelle 1
Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt in den EWU-Ländern

(Durchschnittliche jährliche Veränderung in %)

	Reales Bruttoinlandsprodukt		Erwerbstätige		Arbeitsproduktivität	
	1992-94	1995-97	1992-94	1995-97	1992-94	1995-97
Belgien	1,0	2,2	-0,3	0,6	1,3	1,6
Deutschland	0,7	1,7	-0,9	-0,7	1,7	2,4
Spanien	0,5	2,8	-3,0	2,8	3,6	0,1
Frankreich	0,7	1,9	-0,6	0,2	1,4	1,7
Irland	7,1	9,4	2,4	4,2	4,6	5,1
Italien	0,5	1,1	-1,5	0,2	2,0	0,9
Luxemburg	8,5	4,1	-0,2	2,5	8,7	1,6
Niederlande	2,0	3,3	1,9	1,3	0,1	2,0
Österreich	-1,5	2,0	-0,1	-0,1	1,6	2,2
Portugal	1,8	3,4	-0,8	1,2	2,5	2,2
Finnland	1,6	4,8	-3,5	2,3	5,3	2,4
EU-11 ²	0,9	2,0	-0,1	0,4	1,9	1,6

¹ Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. ² In Ecu von 1990.

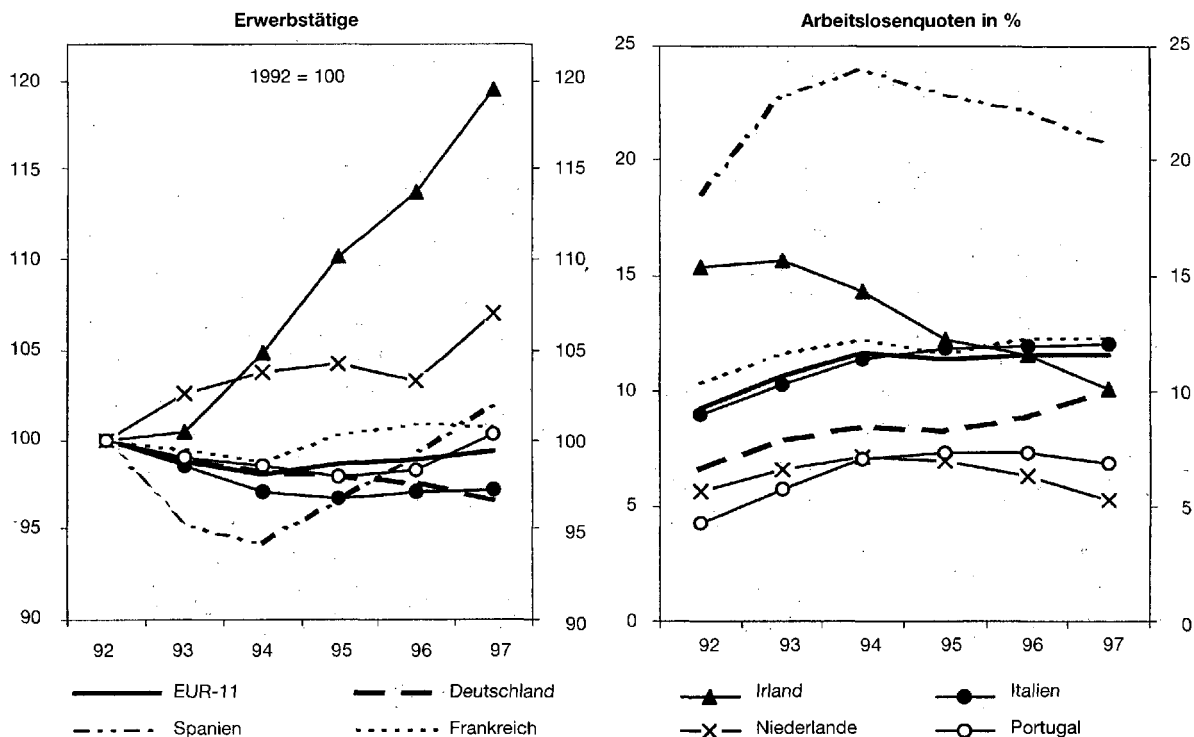
Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

die in der Vergangenheit bei etwa 2% lag, eher noch etwas erhöht hat². Am Beispiel Irland zeigt sich aber, daß auch hohe Produktivitätssteigerungen mit spürbar steigender Beschäftigung einhergehen können. Offensichtlich ist es dort gelungen, Produktivitätsge-

Diana Winkler-Büttner, 46, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunktur, Geld und öffentliche Finanzen im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

¹ Die Beschäftigungsintensität des Wachstums ist definiert als die Veränderung der Beschäftigung in Relation zur Veränderung der Produktion. Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1997, Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, HWWA-Report Nr. 169, S. 62.

Schaubild 1
Arbeitsmarktentwicklung in ausgewählten EWU-Ländern



Quelle: Eurostat.

winne im Rahmen eines dynamischen Wachstumsprozesses rasch in mehr Beschäftigung „umzusetzen“.

Daß der Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in den EWU-Ländern nur langsam vorankommt, ist auch oft auf einen Mangel an Flexibilität auf den Arbeitsmärkten zurückzuführen. Die Vielzahl der Regelungen über Entlassungen, Kündigungsfristen und Abfindungsbestimmungen² schränken die Dispositionsmöglichkeiten der Unternehmen im Personalbereich spürbar ein und verursachen zusätzliche Kosten. Daß diesen Faktoren erhebliche Bedeutung zukommt, zeigt indirekt auch die deutliche Zunahme befristeter Beschäftigung in vielen EWU-Ländern (vgl. Tabelle 2). Die Erleichterung des Abschlusses zeitlich befristeter Ar-

beitsverträge, von den Initiatoren als arbeitszeitflexibilisierendes Element gedacht, wurde oft von den Unternehmen als Instrument zur Umgehung der hohen Kosten bei Entlassungen genutzt. So hatten in Spanien, wo die Betriebe nur unter Auflagen Entlassungen aussprechen konnten, befristete Arbeitsverträge schließlich ein solches Ausmaß angenommen, daß die Regierung auf Druck der Gewerkschaften Maßnahmen ergriff, die den Abschluß von unbefristeten Arbeitsverträgen begünstigen sollen.

Arbeitszeit als beschäftigungspolitisches Instrument

Bereits in den achtziger Jahren gab es in einzelnen EWU-Ländern Bestrebungen, über eine größere Flexibilität am Arbeitsmarkt die Beschäftigung zu fördern. Ein frühes Beispiel dafür ist das bereits 1982 in den Niederlanden zwischen Regierung und Tarifpartnern getroffene Abkommen von Wassenaar, das quasi ein Bündnis für Arbeit darstellte und das bis jetzt Bestand hat. Das Beispiel der Niederlande zeigt dabei, daß auch in einem korporatistischen System mit normalerweise relativ hoher Regulierungsdichte ein beachtliches Maß an Flexibilität möglich ist, sofern die

² Vgl. H. Werner: Auf dem Wege zu mehr Beschäftigung: Erfahrungen anderer Länder, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 78. Jg. (1998), H. 10, S. 604. Die Beschäftigungsintensität des Wachstums wird hier mittels einer Regressionsgeraden ermittelt, die den Zusammenhang zwischen dem Wachstum der Erwerbstätigkeit und des realen Bruttoinlandsprodukts darstellt.

³ Vgl. D. Winkler-Büttner: Unterschiedliche Arbeitsmarktregulierung in Europa, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 77. Jg. (1997), H. 6, S. 354 ff.

Rahmenbedingungen entsprechend weit gefaßt werden und hinreichend Spielraum zur Berücksichtigung branchen- und unternehmensspezifischer Besonderheiten lassen. Ähnliches gilt im übrigen auch für Dänemark. Insofern ist Arbeitsmarktflexibilität nicht unbedingt „systemgebunden“.

In den neunziger Jahren wurden in allen europäischen Ländern verstärkt Anstrengungen zur Verringerung kostentreibender Regulierungen und zur Erhöhung der Flexibilität am Arbeitsmarkt unternommen⁴. Ansatzpunkt war dabei vielfach die Arbeitszeit im weitesten Sinne, die auch hier im Vordergrund steht. In nahezu allen EWU-Ländern kam es in den neunziger Jahren zu Eingriffen und Veränderungen bei der Arbeitszeit, oft mit der Absicht, die Lage am Arbeitsmarkt zu verbessern. Anders als in den vergangenen Jahrzehnten zielten die ergriffenen Maßnahmen aber weniger auf generelle Arbeitszeitverkürzung mit dem Zweck der Angebotsverknappung, obwohl in einigen Volkswirtschaften auch Schritte zur Verringerung der Wochenarbeitszeit oder der Lebensarbeitszeit unternommen wurden; so ist der deutliche Rückgang der Arbeitszeit je Beschäftigten in Deutschland in den neunziger Jahren (vgl. Schaubild 2) nicht zuletzt Folge der Verkürzung der Wochenarbeitszeit und der erweiterten Möglichkeiten für Vorruhestandsregelungen.

Ein Großteil der ergriffenen Maßnahmen zielte auf eine größere Flexibilität der Arbeitszeit im weitesten Sinne, sei es durch Erweiterung der Möglichkeiten für Teilzeitarbeit und für befristete Beschäftigung oder durch Schaffung von „Arbeitszeitkorridoren“ an Stelle von festen Arbeitszeiten. Damit sollten die Dispositionsmöglichkeiten von Unternehmen und Arbeitnehmern verbessert werden, zudem sollte durch bessere

zeitliche Nutzung der betrieblichen Anlagen der Kostendruck in den Betrieben verringert werden. Als „Gegenleistung“ für mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit wurde teilweise – wie etwa in Deutschland – ein partieller Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen vereinbart.

Ausweitung der Teilzeitarbeit

Die Beschäftigungserfolge der Niederlande sind zu einem nicht unerheblichen Teil auf eine kräftige Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Der Anstieg der Teilzeitbeschäftigung verhalf hauptsächlich Frauen zu einer Berufstätigkeit, so daß deren Teilzeitquote – gemessen als Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Zahl der Beschäftigten – inzwischen gut 68% beträgt. Die Teilzeitarbeitsverhältnisse, bei denen es sich im wesentlichen um Arbeitsplätze mit qualifizierten Tätigkeiten und nicht um „Billigjobs“ handelte, wurden überwiegend auf freiwilliger Basis abgeschlossen. Insgesamt verringerte sich durch diese Maßnahmen die Arbeitszeit je Beschäftigten im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt spürbar (vgl. Schaubild 2). Da überdies die Möglichkeiten zur Frühverrentung intensiv in Anspruch genommen wurden, hat sich das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen, in Stunden gemessen, in den Niederlanden trotz merklichen Anstiegs der Zahl der Erwerbstätigen in den neunziger Jahren vergleichsweise wenig erhöht, zeitweise ging es sogar zurück⁵. Das „Beschäftigungswunder“ ist hier somit – anders als in den USA –

⁴ Vgl. OECD: Employment Outlook, Paris, Juni 1998, S. 153 ff.

⁵ Vgl. J. Schröder, U. van Suntum: Internationales Beschäftigungs-Ranking 1998, Gütersloh 1998, S. 100; Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1997, a.a.O., S. 103.

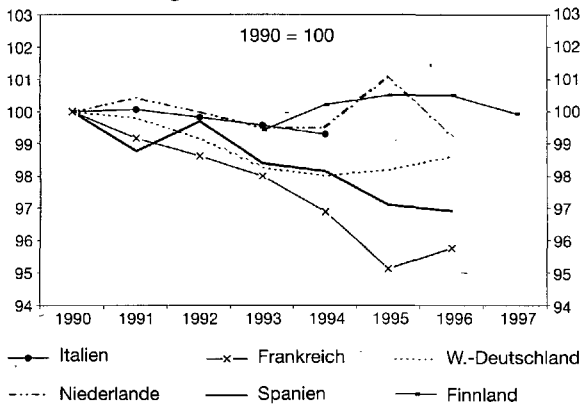
Tabelle 2
Teilzeitquoten¹ und befristete Beschäftigung² in den EWU-Ländern

	insgesamt	Teilzeitquoten						Befristet Beschäftigte	
		1990	Frauen	insgesamt	1996	Frauen	1990	1996	
		Männer			Männer				
Belgien	10,9	2,0	25,8	14,0	3,0	30,6	5,3	5,9	
Deutschland	15,2	2,6	33,8	16,5	3,8	33,6	10,5	11,1	
Finnland	6,7	4,1	9,6	11,6	7,9	15,7	11,5	17,3	
Frankreich	11,9	3,3	23,6	16,0	5,2	29,5	10,5	12,6	
Irland	8,1	3,4	17,7	11,6	5,0	22,2	8,5	9,2	
Italien	4,9	2,4	9,6	6,6	3,1	12,7	5,2	7,5	
Luxemburg	6,9	1,9	16,5	7,9	1,9	18,3	3,4	2,6	
Niederlande	31,8	15,0	59,4	38,1	17,0	68,5	7,6	12,0	
Österreich	8,4	1,8	17,2	14,9	4,2	28,8	–	8,0	
Portugal	6,0	3,5	9,4	8,7	5,1	13,1	18,3	10,6	
Spanien	5,0	1,6	12,1	8,0	3,1	17,0	29,8	33,6	

¹ Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Beschäftigten insgesamt. ² Anteil der befristet Beschäftigten an der Zahl der abhängig Beschäftigten.

Quelle: Eurostat.

Schaubild 2
Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen in
ausgewählten EWU-Ländern*



* Niederlande, Italien: abhängig Beschäftigte.

Quelle: OECD.

in erster Linie auf eine Umverteilung der Beschäftigung und weniger auf die Schaffung neuer rentabler Arbeitsplätze zurückzuführen.

In den anderen EWU-Ländern ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigung in den neunziger Jahren ebenfalls deutlich gestiegen, wenn auch zumeist nicht so ausgeprägt wie in den Niederlanden (vgl. Tabelle 2). Die breite Spanne der Teilzeitquoten zeigt, daß es in einigen Ländern bei flexibleren Arbeitszeitregelungen durchaus noch Potential zur Erhöhung der Beschäftigtenzahl gibt; dies gilt selbst in Deutschland, wo die Teilzeitquote im EWU-Vergleich bereits relativ hoch ist. Um Teilzeitbeschäftigung attraktiver zu machen, müßten die Möglichkeiten für eine variabelere Gestaltung der Teilzeitarbeit unterhalb der Regelarbeitszeit verbessert werden. Auch müßten Regelungen abgebaut werden, die Teilzeitbeschäftigte schlechter als Vollzeitbeschäftigte stellen.

In einer Reihe von Ländern wurde überdies, wie bereits angeführt, der Abschluß von befristeten Arbeitsverträgen erleichtert. Auch dieses Instrument wurde in den neunziger Jahren verstärkt genutzt; die Zahl der mit befristetem Arbeitsvertrag Beschäftigten hat in den meisten EWU-Ländern – eine bemerkenswerte Ausnahme macht Portugal – mehr oder weniger deutlich zugenommen. Allerdings gibt es auch bei den befristeten Arbeitsverträgen innerhalb der EWU beträchtliche Unterschiede in der Höhe der Anteile von Land zu Land.

Eine größere Flexibilität der Arbeitszeiten wurde schließlich auch durch die Schaffung von sogenann-

ten Arbeitszeitkonten erreicht. Da hier lediglich die Jahresarbeitszeit fest vorgegeben ist, diese aber im Prinzip sowohl vom Arbeitnehmer als auch vom Arbeitgeber nach Absprache variabel übers Jahr verteilt werden kann, erlaubt dieses Instrument eine flexible Anpassung an saisonale Schwankungen und an unvorhergesehene Nachfrageveränderungen. In Frankreich und Italien wurde das Flexibilitätspotential zudem durch gesetzliche Erleichterungen bei der Gewährung von Überstunden für Teilzeitbeschäftigte erhöht⁶. Außerdem wurden in Frankreich die Möglichkeiten zur Nacht-, Samstags-, Sonntags- und Schichtarbeit erleichtert. In den Niederlanden und Deutschland haben überdies längere Ladenöffnungszeiten zu flexibleren Arbeitszeiten im Handel geführt. Dagegen sind bei der großzügigen Gewährung der Inanspruchnahme von Frühverrentung und dem Bezug von Invaliditätsrente, wie sie neben den Niederländern auch die Österreicher und Belgier praktiziert haben, inzwischen Abstriche gemacht worden. Um älteren Arbeitnehmern den Übergang in den Ruhestand zu erleichtern und gleichzeitig Beschäftigungsmöglichkeiten für Jüngere zu schaffen, wird inzwischen mehr und mehr das Modell der Altersteilzeit bevorzugt. In Deutschland und Belgien wurde dieser Weg eingeschlagen.

Nur geringe Entlastung für Problemgruppen

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit vergrößert die Dispositionsmöglichkeiten der Unternehmen, erlaubt eine intensivere Nutzung der Produktionsanlagen und bringt so auch Entlastungen bei den Kosten; all das sichert Arbeitsplätze und verbessert die Beschäftigungschancen für Arbeitsuchende. Auch zur Bewältigung der strukturellen Probleme an den Arbeitsmärkten in den EWU-Ländern kann sie einen Beitrag leisten. Er ist aber begrenzt, soweit es um den Abbau der hohen Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit sowie um die Eingliederung von Personen mit geringer Qualifikation und gesundheitlichen Einschränkungen geht. Solche Problemgruppen haben im EWU-Raum aber ein erhebliches Gewicht.

Der Anteil der Arbeitslosen, die mehr als zwölf Monate ohne Beschäftigung sind, ist in allen EWU-Ländern relativ hoch. Er bewegt sich zwischen 29% in Österreich und 66% in Italien; in den USA beträgt er dagegen lediglich 9% (vgl. Tabelle 3). Mit zunehmen-

⁶ Vgl. G. Weinert u.a.: Nachhaltigkeit: Beurteilung der Konvergenz ausgewählter Mitgliedstaaten im Vorfeld der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, HWWA-Report Nr. 179, Hamburg 1998, S. 23 ff.

Tabelle 3
Langzeitarbeitslosigkeit in den EWU-Ländern¹

	Männer			Frauen			insgesamt		
	1990	1995	1997	1990	1995	1997	1990	1995	1997
Belgien	66,1	61,4	59,4	70,0	63,2	61,5	68,7	62,4	60,5
Deutschland	49,1	45,9	44,5 ^a	44,5	51,3	51,7 ^a	46,8	48,7	47,8 ^a
Finnland	9,7	42,0	33,9	8,4	31,5	28,2	9,2	37,0	31,1
Frankreich	35,4	41,4	39,1	40,0	43,2	43,3	38,0	39,5	41,2
Irland	71,1	66,8	63,3	56,8	52,9	46,9	66,0	61,4	57,0
Italien	68,6	62,7	66,5	70,7	64,4	66,2	69,8	63,6	66,3
Luxemburg	60,0	26,0	30,1 ^a	33,3	21,0	25,3 ^a	42,9	23,8	27,0 ^a
Niederlande	55,2	51,6	49,9	44,6	42,0	48,5	49,3	46,8	49,1
Österreich	–	24,6	28,9	–	30,6	28,4	–	27,5	28,7
Portugal	38,2	48,4	53,4	49,4	53,4	57,7	44,8	50,9	55,6
Spanien	45,8	51,1	49,9	61,5	62,6	60,4	54,0	56,9	55,5
nachrichtl.: USA	7,0	11,0	9,4	3,7	8,1	8,0	5,5	9,7	8,7

¹ Anteil der Arbeitslosen, die zwölf Monate und länger arbeitslos sind, an der Gesamtzahl der Arbeitslosen. ^a 1996.

Quelle: OECD.

der Dauer der Arbeitslosigkeit werden die zuvor erreichten Qualifikationen und Fähigkeiten mehr und mehr entwertet, so daß die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen durch „Hysteresis-Effekte“ erheblich erschwert wird. Bemerkenswert ist, daß die Frauen, die vom Anstieg der Teilzeitbeschäftigung überdurchschnittlich profitiert haben dürften, in vielen EWU-Ländern eine höhere Dauer der Arbeitslosigkeit aufweisen als Männer. In den Niederlanden ist der Anteil der langzeitarbeitslosen Frauen trotz der deutlichen Ausweitung der Teilzeitarbeit in den vergangenen Jahren sogar spürbar gestiegen, während es bei den Männern zu einem leichten Rückgang kam.

In den meisten EWU-Ländern stellen auch die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit älterer Arbeitskräfte ein erhebliches Problem dar (vgl. Tabelle 4). Die Arbeitslosenquoten bei den Älteren sind dabei nur bedingt aussagefähig, da hier durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit die verdeckte Arbeitslosigkeit deutlich zugenommen hat; ohne diesen Effekt wäre die Quote merklich höher. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in den meisten EWU-Ländern – eine Ausnahme machen lediglich Irland und die Niederlande – in den neunziger Jahren deutlich gestiegen. In Deutschland, wo die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen wegen des dualen Berufsausbildungssystems relativ niedrig ist, hat sich die Quote von 5,6 auf 10% nahezu verdoppelt.

In den meisten EWU-Ländern machen überdies ungelernte und gering qualifizierte Arbeitskräfte einen erheblichen Teil der Arbeitslosen aus. In den vergan-

genen Jahren sind in einer Reihe von EWU-Ländern arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsaussichten von gering Qualifizierten eingeleitet worden. So wurden in einigen Ländern die Mindestlöhne eingefroren oder sogar gesenkt, zeitlich befristet niedrigere Einstiegstarife zugelassen, oder Lohnsubventionen im weitesten Sinne gewährt. So haben die Niederlande, Belgien und Frankreich Arbeitsmarktprogramme aufgelegt, die den Unterneh-

Tabelle 4
Arbeitslosenquoten nach Alter in den EWU-Ländern

	1990			1997		
	15 bis 24	25 bis 54	55 bis 64	15 bis 24	25 bis 54	55 bis 64
Österreich	–	–	–	7,6	4,8	5,2
Belgien	14,5	6,5	3,5	21,3	7,9	4,7
Finnland	6,4	2,9	3,3	24,8	12,2	20,1
Frankreich	19,1	8,0	6,7	28,1	11,1	8,5
Deutschland	5,6	5,7	11,6	10,0	9,1	14,5
Irland	17,6	12,4	8,4	16,1	9,5	6,0
Italien	28,9	6,6	1,8	33,6	9,6	4,4
Luxemburg	3,7	1,4	0,8	9,2 ^a	2,7 ^a	0,0 ^a
Niederlande	11,1	7,2	3,8	9,7	4,8	3,9
Portugal	14,5	5,8	3,7	14,1	5,7	5,2
Spanien	32,3	13,1	8,1	39,0	18,2	11,3
nachrichtl.: USA	11,2	4,6	3,3	11,3	3,9	2,9

^a 1996.

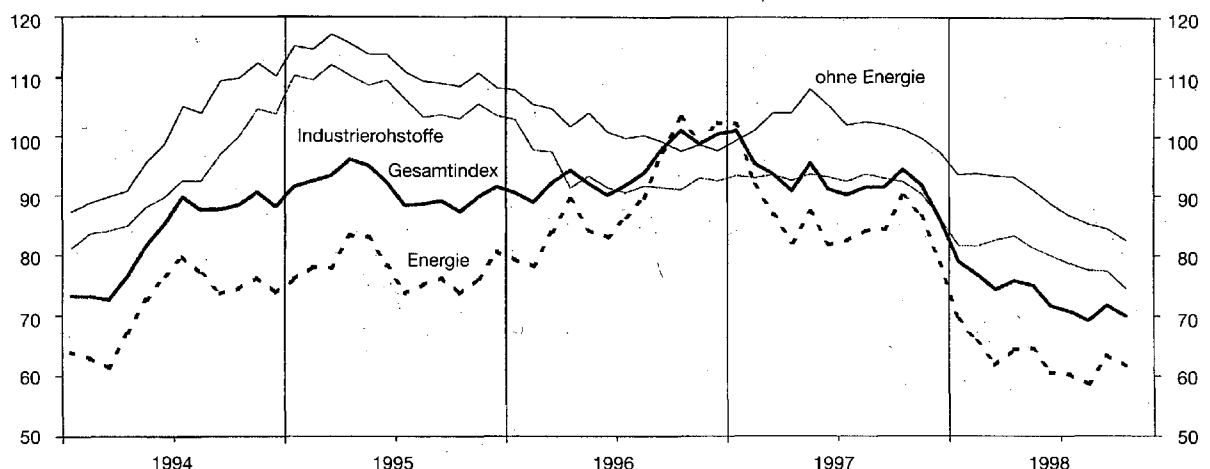
Quellen: OECD, Eurostat.

men die Arbeitgeber-Sozialversicherungsbeiträge erlassen, wenn sie einen Langzeitarbeitslosen einstellen. Damit sollten die Arbeitskosten gesenkt und so Anreize für die Aufrechterhaltung oder Bereitstellung entsprechender Arbeitsplätze auch für gering Qualifizierte in den Unternehmen gegeben werden.

Ein lang anhaltender wirtschaftlicher Aufschwung in Europa würde zwar auch die Beschäftigungschancen für die Problemgruppen am Arbeitsmarkt verbessern; gleiches gilt für eine größere Flexibilität bei der Arbeitszeit und anderen Arbeitsmarktbedingungen. Wichtiger noch ist aber eine größere Differenzierung und Spreizung bei den Löhnen, um Arbeitskosten und Produktivität wieder stärker in Einklang zu bringen. Hier hat es in den neunziger Jahren in den EWU-Ländern durchaus Fortschritte gegeben, wenn auch in den einzelnen Ländern in unterschiedlichem Ausmaß.

Die anhaltend hohe strukturelle Arbeitslosigkeit ist aber ein Indiz dafür, daß weiterhin erhebliche Anstrengungen in dieser Richtung notwendig sind, zumal mit dem Beginn der Währungsunion die Anpassungserfordernisse für die Arbeitsmärkte in den Mitgliedsländern noch zunehmen werden. Der Gefahr des „working poor“, der Armut bei Arbeit im Niedriglohn-Bereich, könnte durch Einkommenstransfers nach dem Vorbild des „Earned Income Tax Credit“ in den USA, einer Art negativer Einkommensteuer, begegnet werden. Besser noch wäre es aber, Anreize für die Arbeitsuchenden zu geben, sich höher zu qualifizieren, bzw. für Unternehmen, mehr in die Ausbildung zu investieren. Auch dann wären Arbeitsplätze mit geringer Qualifikation und Entlohnung noch für diejenigen erforderlich, die zur Höherqualifizierung nicht in der Lage oder nicht willens sind.

HWWA-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe



1990 = 100, auf US-Dollar-Basis.

HWWA-Index mit Untergruppen ^a	1997	April 98	Mai 98	Juni 98	Juli 98	Aug. 98	Sep. 98	Okt. 98
Gesamtindex	92,7 (-1,7)	75,8 (-16,5)	75,0 (-21,5)	71,6 (-21,4)	70,7 (-21,6)	69,2 (-24,3)	71,8 (-21,5)	69,9 (-26,0)
Gesamtindex, ohne Energie	102,3 (0,8)	93,2 (-10,5)	91,0 (-15,8)	88,6 (-15,9)	86,7 (-15,1)	85,3 (-16,8)	84,6 (-17,2)	82,5 (-18,5)
Nahrungs- und Genußmittel	132,0 (12,5)	122,4 (-11,5)	120,2 (-20,4)	114,4 (-19,2)	110,6 (-15,2)	108,5 (-16,0)	105,6 (-18,3)	106,3 (-16,8)
Industrierohstoffe	92,3 (-1,5)	83,3 (-10,0)	81,2 (-13,3)	79,9 (-14,2)	78,6 (-15,0)	77,6 (-17,2)	77,5 (-16,6)	74,5 (-19,4)
Agrarische Rohstoffe	92,6 (-3,5)	83,9 (-9,8)	81,7 (-11,8)	81,3 (-11,8)	79,0 (-13,6)	78,1 (-15,9)	77,9 (-17,3)	74,4 (-21,3)
NE-Metalle	89,8 (2,0)	76,0 (-15,8)	73,1 (-22,5)	69,8 (-25,3)	69,7 (-24,8)	69,0 (-26,4)	69,8 (-21,5)	67,5 (-21,8)
Energierohstoffe	86,5 (-3,5)	64,5 (-21,5)	64,6 (-26,0)	60,6 (-25,9)	60,3 (-26,9)	58,7 (-30,3)	63,4 (-24,9)	61,7 (-31,4)

^a 1990 = 100, auf US-Dollar-Basis, Periodendurchschnitte; in Klammern: prozentuale Änderung gegenüber Vorjahr.

Für Nachfragen: Tel. 040/3562-316/320